

Darf man hinter Service Public ein paar Fragezeichen setzen?

Autor(en): **Kappeler, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Revue économique Suisse en France**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 1: **Service public : le débat**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-889332>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DARF MAN HINTER SERVICE PUBLIC EIN PAAR FRAGEZEICHEN SETZEN

Alle sind einverstanden, dass der Service Public seine universelle, auf Gleichbehandlung ausgerichtete Rolle ausübt. *Aber nach dieser schönen Feststellung dürfen ruhig ein paar Fragezeichen kommen. Die historisch angewachsene Anzahl solcher Dienste ist wohl kaum einfach richtig. Wenn man sie alle gemäss jenen Diensten durchzukämmen beginnt, welche kein Ausschlussprinzip kennen, dann bleiben nicht viele als eigentliche Aufgaben - es wären etwa die Justiz, die innere und äussere Sicherheit. Hier spielt die klassische Mechanik, dass eine freiwillige Durchführung durch Private immer wieder an den Trittbrettfahrern scheitert, welche nicht zahlen, aber vom Genuss nicht ausgeschlossen werden könnten.*

Kurz, der Begriff des Service Public darf kein Denkverbot bewirken. Es gilt ihn kräftig zu reformieren.

Aber eine Bahn ? Fernsehen ? Telephonie ? Tabak ? Pensionskassen ? Presseagenturen ? Elektrizitätswerke ? Schulen, Universitäten ? Nicht alles, was im Menschenleben wichtig ist, muss durch einen Service Public ausgeübt werden. Das ist eine stets wiederkehrende Verwechslung.

Erstes Fragezeichen

Freiheit kommt nicht nur durch universelle, nicht-diskriminierende öffentliche

Dienste zustande, sondern kann durch deren übergrosse Bedeutung sogar erdrückt werden. Zusammen mit den zentralisierten staatlichen Funktionen können nämlich diese Dienste eine zu starke Stellung erreichen. Eine dezentralisierte Struktur werbender Privatdienste kann ihrerseits Freiheitsgrade in einer Gesellschaft sichern, die der Staat nicht bringen kann. Albert O. Hirschman hat die notwendige, leicht anarchische Forderung aufgestellt, dass das Individuum immer mit « voice » oder mit « exit » auf seine Umwelt reagieren können soll. Mit dem Zustimmungs- oder Verweigerungsrecht soll es vor allem im öffentlichen Bereich aus- oder umsteigen dürfen, Aenderungen verlangen können. Das ist nun in der heutigen Ordnung vieler öffentlicher Dienste nicht so schnell möglich. Sie sind starr, uniform, mit den politischen zentralen Machtstrukturen verhängt und deshalb eher oppresiv als freiheitsstiftend. Wer beschreibt das Erstaunen eines aufgeklärten Anhängers der Gewaltentrennung, wenn er erfährt, dass in Frankreich die Chefstelle der nationalen Presseagentur durch Pressionen von der Politik bestimmt werden kann !

Auch das Prinzip « exit » kann freiheitsstiftend sein - wenn man als Kunde und Klient ganz einfach zu einem andern



Beat Kappeler

Journalist bei
« Weltwoche »
und
« L'Hebdo »

Anbieter wechseln kann, wenn man sich auf « contestable markets » bewegt. In ganz vielen Bereichen der heutigen öffentlichen Dienste kann man getrost privatisieren und der Staat soll sich die gewünschten Spezialleistungen zugunsten der Allgemeinheit als Kunde dort kaufen: Regionalbahnanschlüsse, lokale Postzustellung, erzieherische Fernsehsendungen, Forschungs- und Lehrveranstaltungen an den Universitäten.

Die öffentliche Dienste sind starr, uniform, mit den politischen zentralen Machtstrukturen verhängt und deshalb eher oppressiv als freiheitsstiftend.

Zweites Fragezeichen

Viele bisherige öffentliche Dienste sind auf ein technisches Monopol gestützt: auf die Netze der Schienen, der Elektrizität, der Drähte. Die technische Entwicklung aber macht viele dieser Netze unnötig, oder dupliziert sie ohne grosse Kosten. Ausserdem hat die betriebswirtschaftliche Technik ebenfalls Methoden bereitgestellt, welche Märkte in technischen Monopolen simulieren können – Third party access, Versteigerungen zeitlich limitierter Konzessionen, etc. Wenn verschiedene öffentliche Dienste heute ihre Unantastbarkeit behaupten, dann beruht dies auf intellektueller Trägheit.

Drittes Fragezeichen

Macht korrumpiert. Im Innern des Service Public bestehen ganz normalerweise Machtstrukturen. Je unangefochtener aber diese grossen Administrationen geworden sind, desto verharrschter wurden auch ihre innern Machtgefälle. Wer kennt sie nicht, die Mandarine, die Verschwender riesiger Milliardeninvestitionen in den öffentlichen Banken Frankreichs und der Schweiz? Das sind nicht nur personale Fehlleistungen, sie liegen auch in der freien Unangefochtenheit, der non-contestability, des bisherigen Service Public. Die Privilegien sind dabei nicht nur an der Spitze zu finden, denn auch die Angestellten des Service Public haben den Schleier der vermeintlichen Unersetzbarkeit zu unverschämten Privilegien missbraucht – Pensionsalter mit 55 bei Eisenbahnen, Unkündbarkeit der Stellung, lebenslange Lehrstühle beispielsweise. Sie werden aber von Bürgern und Bürgerinnen bezahlt, die in ihrer eigenen Lage immer weniger auf

solche Sachen zählen können – damit ist der Service Public zur Diskriminierungsagentur und zur Ungleichbehandlung verkommen. Diese harte Feststellung wird noch akzentuiert, wenn man daran denkt, dass viele öffentliche Stellen die Initiative und den Leistungswillen der Bürger eher abbremsen und durch Vorschriften einengen.

Kurz, der Begriff des Service Public darf kein Denkverbot bewirken. Es gilt ihn kräftig zu reformieren. **+**

Résumé en français :

« Questions sur le service public »

La finalité du service public est d'offrir à tous l'égalité de traitement. On doit cependant, si l'on considère son développement historique, s'interroger: en effet, seules l'administration de la justice et la sécurité intérieure et extérieure exigent vraiment cette stricte définition. Si le critère est que nul ne soit exclu du service parce qu'il ne peut payer, qu'en est-il d'une ligne de chemin de fer, d'une chaîne de télévision, du téléphone, d'une agence de presse, ou d'écoles? C'est se contredire que d'exiger un service public pour tout ce qui est utile dans la vie.

La lourdeur des fonctions centralisées de certains services public est une menace pour la liberté: liberté de contester, liberté de choisir. Avec les services publics modernes, ces droits sont trop souvent bafoués. Volontiers dominateur, et même bien peu démocratique est ce service public qui implique par exemple que le gouvernement décide du choix d'un chef d'agence de presse! On ne doit pas hésiter à privatiser tout service dont le public peut tout aussi bien s'acheter les prestations: lignes régionales, programmes télévisés, formation universitaire, etc.

Le monopole tiré de ses réseaux structurels ne suffit pas à justifier le service public. Il est en outre ouvert aux abus, car tout pouvoir corrompt: les structures de mandarinat des grandes administrations conduisent souvent au gaspillage. Outre les dirigeants, les employés aussi – à tous les niveaux – se réfugient derrière le voile de leur irremplaçable mission pour arracher des privilèges d'emploi ou de statut que le citoyen finance, alors qu'il en est lui-même privé: le service public devient alors facteur de discrimination sociale.

*Loin de s'interdire de repenser le service public, il faut au contraire le réformer sans hésitation. **+***